



Landesnaturschutzverband
Baden-Württemberg e.V.



Stuttgart, 06. Juni 2019

Ohne Preis für CO₂ bleibt die Energiewende stecken!

Landesnaturschutzverband (LNV) und NABU Baden-Württemberg fordern CO₂-Abgabe

Ein funktionsfähiger Klimaschutz ist ohne wirkungsvolle Bepreisung fossiler Energieträger nicht möglich. Während dies ein Konsens der Experten aus Ökonomie, Wirtschaft und Umweltschutz ist – zumindest hinter vorgehaltener Hand – hält sich die Politik vornehm zurück. Die Angst vor den Gelbwesten geht um. Geradezu als umweltpolitischer Geisterfahrer gebärdet sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Georg Nüßlein, der auch sonst schon öfters gute Ideen im Umweltschutz zu Fall gebracht hat. Mit dem Totschlagsargument „keine Abgabenerhöhungen“ torpediert er eine CO₂-Abgabe und plädiert stattdessen für eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Bahntickets und bessere steuerliche Abschreibungsmöglichkeiten für Energiesanierungen. Sicher im Einzelnen sinnvoll, aber damit allein lässt sich das Ruder im Klimaschutz nicht herumreißen.

Auch andere Unionspolitiker wie Verkehrsminister Scheuer, CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt und Ex-Klimakanzlerin Angela Merkel sind gegen eine CO₂-Abgabe. Einzig Umweltministerin Svenja Schulze fordert eine CO₂-Abgabe, deren Ertrag aufkommensneutral an den Bürger zurückgegeben werden soll.

Um was geht es denn eigentlich?

Es geht darum, endlich wirksame und für jede oder jeden langfristig berechenbare Rahmenbedingungen zur Reduktion klimaschädlicher Treibhausgas-Emissionen zu schaffen. Wer schädliche Emissionen verursacht, soll auch wissen und spüren, was er oder sie damit in der Umwelt anrichtet. Er hat die Möglichkeit, die Emissionen, soweit möglich, zu vermeiden oder für die angerichteten (Klima-) Schäden finanziell geradezustehen. Eine einheitliche CO₂-Bepreisung ist ein marktwirtschaftlich effizientes Instrumentarium, das Transparenz schafft und Treibhausgasemissionen wirksam verringert, weil es Energieeffizienz wirtschaftlich macht.

Es geht nicht darum, für den Staat neue Einnahmequellen zu sichern. Vielmehr handelt der Staat klug und verbessert die Akzeptanz, wenn die aus der CO₂-Bepreisung eingenommenen Finanzen an anderer Stelle wieder den Bürger/innen zurückgegeben werden. Wenn CO₂-Emissionen Geld kosten, wird jede und jeder Einzelne sowie die Unternehmen prüfen, wie sie diese Emissionen und damit die Kosten vermeiden können.

LNV und NABU sehen es als Aufgabe des Staates an, dieses wirkungsvolle Instrumentarium zu entwickeln und umzusetzen. Bisher ist da aber Fehlanzeige!

Wie könnte das gehen?

Der zentrale Schritt ist eine Reform der bestehenden Energiesteuern. Im Energiesteuergesetz werden danach Steuersätze auf fossile Brenn- und Kraftstoffe wie z. B. Steinkohle, Braunkohle, Öl und Erdgas jeweils nach ihrem Beitrag zum Klimawandel (gemessen am Treibhausgaspotential) neu festgelegt.

Der „CO₂-Preis“ ist für alle fossilen Brenn- und Kraftstoffe, gemessen an ihrem Treibhausgaspotential, gleich hoch. Er sollte bei etwa 50 Euro starten und bis 2050 auf etwa 150 bis 200 Euro pro Tonne Treibhausgas (angegeben in CO₂-Äquivalenten) kontinuierlich ansteigen. Mit dieser Regelung wird der notwendige Strukturwandel in unserer Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur verursachergerecht und technologieoffen planbar.

Für die Verwendung der Einnahmen gibt es mehrere Möglichkeiten:

- Sie werden zur Finanzierung von EEG-Umlage (Erneuerbare-Energien-Gesetz), Stromsteuer und KWK-Umlage (Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz) verwendet, damit der Strompreis durch die CO₂-Abgabe nicht weiter steigt. Regenerativer Strom wird dann endlich konkurrenzfähiger gegenüber fossil erzeugtem Strom.
- Sie werden zur Förderung erwünschter Investitionen für mehr Energieeffizienz verwendet.
- Sie werden den Bürger/innen in Form einer jährlichen Kopfprämie zurückerstattet, wie es die Schweiz seit langem praktiziert.

LNv und NABU Baden-Württemberg sprechen sich für eine Kombination aus der Teilfinanzierung der Strom-Umlagen und der Bürgerprämie aus. Auf diese Weise wird den Bürger/innen klar, dass die Abgabe nicht im allgemeinen Staatshaushalt verschwindet, sondern sie diese zurückerhalten. Zudem ergibt sich eine positive Verteilungswirkung: die meisten und insbesondere die finanziell schwächeren Bürger/innen erhalten mehr zurück, als sie über die Abgabe bezahlen. Vielflieger, Palastbewohner und SUV-Fahrer dagegen zahlen mehr. Das hat in der Schweiz zu einer hohen Akzeptanz geführt. Der Gelbwesten-Effekt kann so vermieden werden.

Im Vergleich zu den derzeitigen Umlagen und Steuern entfaltet die CO₂-Abgabe wesentlich mehr Lenkungswirkung für den Klimaschutz und ermöglicht so eine effiziente Fortführung der Energiewende. Die Vergütungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) bleiben erhalten. Sie werden jedoch in absehbarer Zeit unnötig und können entfallen, weil sich neue Erneuerbare-Energie-Anlagen und Effizienztechnologien dann finanziell selbst tragen.

Die Abgabe wird direkt beim Verkauf des fossilen Energieträgers erhoben. So bezahlt jede/r ohne Unterschied vorab einen Preis für den Klimaschaden, den das eigene Tun verursacht. Dies betrifft Kohlekraftwerksbetreiber und Unternehmen genauso wie private Verbraucher/innen, die mit Kohle, Öl oder Gas heizen oder mit Benzin oder Diesel fahren.

Konkrete Vorschläge zur Ausgestaltung gibt es bereits genügend. Was in der Politik fehlt, ist eine sachorientierte Diskussion und eine rasche Festlegung auf das zweckmäßigste Verfahren. Das hängt aber wesentlich davon ab, ob tatsächlich alle politisch Verantwortlichen gewillt sind, beim Klimaschutz Nägel mit Köpfen zu machen. Bei manchen Parteien gibt es dafür noch wenig Anzeichen – trotz Greta Thunberg, Fridays for future und dem Rezo-Video. Eine weitere Verschleppung dieses Themas können wir uns jedoch nicht mehr leisten!

Vom Land Baden-Württemberg erwarten LNV und NABU eine Bundesratsinitiative für eine Bepreisung von CO₂, zunächst mit einem moderaten Preis von 50 Euro/t CO₂, der aber mittelfristig auf wirksamere Höhen steigen muss. Erfreulicherweise haben sich bei einer Veranstaltung der Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg im Juni 2019 die Vertreter aller anwesenden Parteien (Grüne, CDU, SPD) für eine CO₂-Bepreisung ausgesprochen. Dasselbe erwarten LNV und NABU von den baden-württembergischen Bundestagsabgeordneten.

Weiterführende Informationen

Wer sich weiter zu diesem Themakreis informieren möchte, kann das unter den folgenden Internetadressen tun: www.co2abgabe.de, www.agora-energiewende.de und www.foes.de.